

PLENUM

das Forum der  Berliner Aids-Hilfe e.V. für HIV - Positive

12 Bezirke – 5 Parteien – 1 Virus

HIV/AIDS in der Kommunalpolitik

Kommunalpolitik prägt nachhaltig den Alltag der über 10.000 Menschen mit HIV/AIDS in Berlin. Für sie spielen Gesundheitsversorgung, Arbeitsvermittlung, Beratungsangebote, Wohnraumangebot und Abbau von Vorurteilen eine besonders wichtige Rolle.

Deshalb erwarten Betroffene und Interessierte Antworten von Bezirkspolitikern/innen auf Fragen wie: Welche Bedeutung hat HIV/AIDS für die Parteien? Wie wirkt sich das auf die kommunale Sozialplanung, freiwillige Hilfsangebote sowie Prävention aus?

PodiumsteilnehmerInnen am 02. September 2008 im Schöneberger Rathaus:

Reinhard Naumann (SPD)

Stadtrat für Jugend, Familie, Schule und Sport, Charlottenburg-Wilmersdorf

Monika Thamm (CDU)

Kreisvorsitzender, Marzahn-Hellersdorf

Dr. Sibyll Klotz (GRÜNE)

Stadträtin für Gesundheit und Soziales, Tempelhof-Schöneberg

Knut Mildner-Spindler (LINKE)

Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Beschäftigung, Friedrichshain-Kreuzberg

Jörg Hackenberger (FDP)

Fraktionsvorsitzende Bezirksversammlung, Tempelhof-Schöneberg

Armin Traute (Moderation)

Berufsverband Deutscher Psychologen

Stellungnahmen und Antworten der PolitikerInnen

[Es gilt das gesprochene Wort.]

▶	Position der Parteien zu HIV/AIDS 2008	Seite 02
▶	Nachfrage zur Bedeutung von HIV/AIDS in der Politik	Seite 07
▶	Nachfrage zu öffentlich finanzierten Stellenangeboten	Seite 08
▶	Kritische Fragen: Kommunale Angebote und Aktivitäten der Bezirke für mehr Finanzmittel vom Senat	Seite 08
▶	Nachfrage: Mehr Vernetzung in den Berliner Bezirken	Seite 10
▶	Frage: Mehr Präventionsanstrengungen in Schulen	Seite 12
▶	Frage: Stellenkorridor des Senats für HIV-Beratungsstellen	Seite 12
▶	Schlussrunde	Seite 14

Armin Traute (Moderation)

Ich begrüße Sie und euch noch einmal herzlich von meiner Seite aus zu dieser Veranstaltung Kommunalpolitik und HIV: Es ist nicht so direkt ein zwingender Zusammenhang zwischen HIV und AIDS und Kommunalpolitik, wenn man so von außen sich das betrachtet. Wir denken bei AIDS ja eher an globale Bedrohung, an AIDS in Afrika oder in Osteuropa, an die steigenden Infektionszahlen, an die Skandale, dass es nicht genug HIV-Tabletten für Betroffene in Dritte Welt Ländern gibt. Wir denken dann vielleicht dann noch an den nationalen Aktionsplan, den die Regierung vorletztes Jahr beschlossen hat, zur Bekämpfung von HIV und AIDS. Oder wir denken an die steigenden Infektionszahlen zu HIV bundesweit nicht zuletzt unter schwulen Männern und bisexuellen Männern. Wir denken nicht so sehr an Kommunalpolitik. Aber, und das haben die, die dieses Plakat vielleicht gelesen haben, ja auch gesehen: Es gibt durchaus einige Bezugspunkte und Berührungspunkte - vielleicht mehr, als man so im abstrakten sich vorstellen kann. Kommunalpolitik hat durchaus mit HIV/AIDS zu tun für die über 10.000 Menschen mit HIV und AIDS, die hier leben. Für sie spielen Gesundheitsversorgung, auch so konkrete Punkte wie Ergänzungsbedarf für Ernährung, Arbeitsvermittlung, Beratungsangebote, Unterstützung der Bezirke von Selbsthilfeprojekten, Wohnraumangebot eine Rolle. Aber auch hin zu Prävention, Aufklärung, Abbau von Vorurteilen spielen die Kommunen absolut eine Rolle. In der Kommunalpolitik werden die politischen Debatten nicht so heiß geführt, wie auf Landes- oder Bundesebene. Es gibt viele Politikfelder auch für HIV und AIDS, denke ich. Wir wollen trotzdem heute Abend einmal sehen, was denn die einzelnen Parteien und als solche als Vertreter dieser Parteien sind Sie eingeladen, plus der Expertise oder den Funktionen, die Sie gerade ausüben. Was sagen die Parteien zu dem Thema HIV und AIDS im Jahr 2008? So etwas, wie die damalige Debatte Rita Süßmuth gegen Peter Gauweiler gibt es so was auch wie Sibyll Klotz gegen Frau Thamm oder und ähnliches auf der kommunalen Ebene?

Dr. Klotz: Nö -

Wenn Sie das mit einem einfachen Nö beantworten können, dann kann man um so schneller an die Teilnehmer, an euch, übergeben, auch an die aktiven Podiumsteilnehmer. Das ausdrückliche Ziel ist, dass das hier nicht eine einstündige Diskussion unter den Podiumsteilnehmern gibt, sondern, dass ihr Fragen stellen könnt und löffeln oder kritische Anmerkungen und Forderungen artikulieren könnt. Für dieses Podium haben die beiden Positivensprecher der Berliner Aids-Hilfe, Ralph Ehrlich und Gerhard Grün, ein tolles Podium zusammengestellt, finde ich. Ich danke euch beiden erstmal dafür, dass ihr das auf die Beine gestellt habt. Tolle Arbeit, die ihr da gemacht habt und ich danke allen Teilnehmern auf dem Podium, dass sie sich heute Abend dafür bereit erklärt haben, sich hier den Positiven und ihren Kollegen zu stellen, um über das Thema HIV zu sprechen. Meine Rolle, auch wenn ich vom Bundesverband der Psychologen komme, ich werde Sie hier mit psychologischen Theorien richtig verschonen, sondern nur moderieren. Das heißt im Groben und Ganzen, ich stelle Sie kurz vor, die Podiumsteilnehmer und stelle ein paar Fragen und hoffe, ich gebe euch dann genug Zeit und Möglichkeit, Fragen zu stellen. Dann will ich auch gleich schon anfangen mit der Vorstellung.

[Vorstellung der PodiumsteilnehmerInnen]

In fünf Sätzen, Sie sind Experte Ihrer Partei für Gesundheitspolitik oder Sozialpolitik oder Jugendpolitik. Welche Position hat Ihre Partei zu HIV/AIDS heute im Jahr 2008?

Dr. Sibyll Klotz (GRÜNE)

Trotzdem, bevor die fünf Sätze anfangen, eine Vorabmerkung: Ich glaube auch, dass die Differenzen zwischen den verschiedenen Parteien, was die grundsätzlichen Einstellungen zu HIV und AIDS betrifft, sehr viel geringer sind, als das vor zehn Jahren beispielsweise der Fall war. Und trotzdem plädiere ich dann immer auch dafür, sie daran zu messen, was sie tun. Vieles würde heute, Gott sei Dank muss man auch sagen, nicht mehr gesagt werden. Das ist ein großer Fortschritt. Aber das geht nicht immer einher mit der Zurverfügungstellung von Ressourcen oder den wirklichen Aktivitäten. So. Der zweite Punkt: Hier sitzt noch jemand mit mir im selben Raum, den kennen viele von Ihnen, das ist Thomas Birk. Die erste Frage war nämlich, welche Bedeutung HIV/AIDS in den Programmen und in der Arbeit Ihrer Parteien einnimmt. Und ich habe natürlich in der Vorbereitung noch mal nachgeguckt und es ist wirklich so, es gibt unendlich viele Anträge, Anfragen, Themen, konzeptionelle Ansätze und, und, und von uns im Berliner Abgeordnetenhaus und da ist Thomas für zuständig und das will ich einfach am Anfang sagen, weil ich glaube, wenn es darum geht, dann muss man ihn auch ansprechen. Ansonsten glaube ich, dass das Thema HIV und AIDS, dass heute als Überschrift oben drüber steht, für mich - also, was tun die Parteien, was müssen sie tun, was sind ihre Ansätze - für mich auf drei Punkte hinausläuft. Der erste Punkt ist, es gilt alles zu tun, um Neuinfektionen zu verhindern. Die Zahl der Neuinfektionen hat zugenommen. Das brauche ich glaube ich nicht weiter in dem Kreis hier erörtern. Ich glaube, ich brauche auch viel dazu sagen, warum das

so ist. Das wissen Sie auch wahrscheinlich sehr viel besser als ich. Deshalb müsste man sehr viel stärker auch mit Präventionskampagnen in dem Bereich der Kinder und Jugendlichen, in dem Bereich der Migrantinnen und Migranten aber vor allem eben auch derer, die wie es so schön heißt, das habe ich jetzt ja auch gelernt, SMS, Männer, die Sex mit Männern haben, weil die eben immer noch 80 % derer stellen, die die Neuinfektionen also einfach mitbringen, also dort viel stärker aktiv werden. Das ist mein erster Punkt. Mein zweiter Punkt ist, wir müssen natürlich genauso etwas für diejenigen tun, die betroffen sind, also die also entweder infiziert sind oder bei denjenigen, bei denen die Krankheit eben voll ausgebrochen ist. Das betrifft natürlich in allererster Linie die gesundheitliche Betreuung und die gesundheitliche Versorgung. Da kommen wir wahrscheinlich auch noch drauf zu sprechen, weil da gibt es ja auch so ein paar Themen, auch in den Verhandlungen mit den Krankenkassen, die im Moment in den Medien eine große Rolle spielen, was die Vergütung betrifft. Aber eben auch, was an Beratungsleistung an Unterstützungsleistung und so weiter von unterschiedlicher Seite zur Verfügung gestellt wird. Das hat eben auch nachgelassen in den letzten Jahren. Also, das kann ich bei Bedarf auch gerne erzählen, wie es dann konkret wirklich aussieht im Bezirk, was möglich ist, was aber eben auch nicht mehr geht. Also, wir haben drei KollegInnen im Moment, die im Moment, die HIV- und AIDS-Beratung machen. Bei der Beratung der chronischen Kranken. Da wir demnächst einer in den verdienten Ruhestand wechseln, und ich habe nicht die Möglichkeit, diese Stelle nachzubersetzen, weil einfach keine Stellen mehr nachbesetzt werden heutzutage. Und dazu kommt dann noch diese wunderbare Geschichte, dass die AIDS-Beratung in Schöneberg zwar gerettet werden konnte, worüber ich wirklich froh bin. Und ich bin auch nicht sauer dann letztlich darüber, das dieser bittere Kompromiss, den wir dann machen mussten, dass ich den dann auch gemacht haben, weil die andere Alternative wäre gewesen, dass der rot rote Senat die Pforten geschlossen hätte. Aber diese Beratungsstelle ist jetzt bei Bezirk Mitte. Das hat man uns dann doch nicht mehr gegönnt. Und die gute Kooperation zwischen den Beratern, also die bei den chronisch Kranken in dieser Beratungsstelle also arbeiten, der kurze Gang über den Flur, der findet einfach so nicht mehr statt, wie auch vieles, was mit dem Schöneberger Modell bundesweit bekannt und auch akzeptiert und anerkannt ist, auch kaum noch möglich ist - ich sage das in der Deutlichkeit - wie das mal möglich war, weil das Personal einfach schlicht nicht mehr da ist. Das muss man auch mal so deutlich sagen: Wenn vom Schöneberger Modell die Rede ist, ist zum großen Teil von der Vergangenheit die Rede. Das findet real schon heute nicht mehr so statt. So, und der letzte Punkt – ach so, da ist mir noch wichtig bei gesundheitlicher Versorgung auch noch einmal auf die Nichtversicherten hinzuweisen. Ich habe heute noch einmal mit der Frau Dr. Hörnle, die vielleicht einige von Ihnen kennen, die Leiterin der STI-AIDS-Beratung hier in Schöneberg, bleibt ja in Schöneberg, auch noch einmal gesprochen. Die sagt, das ist eben auch eine ziemlich wichtige Gruppe, nichtversicherte junge Frauen und Männer, junge Frauen, Schwangere, AIDS-positiv und niemand hat das Geld und gibt es, um die Behandlung zu finanzieren. Da kommen Kinder auf die Welt, von denen klar ist, dass, wenn nicht eine Behandlung erfolgt, die Wahrscheinlichkeit, dass die wieder positiv werden, also nicht hundertprozentig, dass die aber verdammt, verdammt hoch ist. Und das ist einfach, finde ich, irgendwie ein absolut menschenunwürdiger Zustand. Es sind junge Vietnamesinnen, es sind Schwarzafrikanerinnen und, und, und. Ein Problem, was zunimmt. Und dritter und letzter Punkt ist das Thema Integration und Sie haben es ja gesagt. Ich habe ja die wunderbare Aufgabe auch in der Trägervertretung des Jobcenters zu sitzen und bin, was alle Bevölkerungsgruppen angeht, der Meinung, ob nun Frauen, MigrantInnen oder Leute, die HIV-positiv sind, dass Integration in Arbeit und Erwerbsarbeit immer noch eines der zentralen Momente von Integration in Gesellschaft überhaupt ist. Und auch da gibt es einiges zu tun, weil natürlich das Verständnis dafür, was diese Krankheit konkret bedeutet über die Frage, ist der jetzt vom Rentenversicherungsträger erwerbsfähig oder erwerbsunfähig geschrieben, hinaus geht. Also, viele sind erwerbsfähig, die drei Stunden am Tag, die im StGB II drinstehen, und trotzdem verteilt sich das nicht so regelmäßig. Das muss ich hier glaube ich, auch nicht sagen. Also, das ist eine mehr schwankende Situation. Und da die Bereitschaft zu finden, Arbeitgeber zu finden, ob nun auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt, die damit umgehen, das ist nicht ganz einfach. Wir haben hier im Rahmen dieses öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, habe ich die Berliner Aids-Hilfe aufgefordert, auch eigene Projekte zu beantragen mit eigenen Leuten, die dann eben in den eigenen Strukturen auch arbeiten können und über einen längeren Zeitraum auch, nicht nur die berühmten drei Monate, sechs Monate. Ich weiß ehrlich gesagt gar nicht, was daraus geworden ist. Ich habe da noch keine Rückmeldung bekommen. Ich hoffe, die haben das gemacht. Wenn die Anträge vorliegen, werden die von mir unterstützt. So einen Punkt den finde ich ziemlich wichtig. Und letzter Punkt aus der Erwerbsarbeit. Es gab Schreiben der Berliner Aids-Hilfe, das ist jetzt so ein Jahr her, glaube ich, ich denke mal an alle bezirklichen Sozialämter und Jobcenter, a.) mit einem sehr grundsätzlichen Annahmen, was diesen Kreis von Klientinnen und Klienten betrifft, b.) aber auch mit ein paar Einzelfällen, wo man doch um Klärung bat, also wo Kritik dahinter steckte. Dem sind wir nachgegangen und im Ergebnis dessen hat es auch eine Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters in Tempelhof-Schöneberg gegeben zu der Thematik HIV und AIDS. Das

hilft immer wieder ein Stück vorwärts. Aber das passiert eben auch alles nicht von alleine. Da muss man einfach immer wieder – es braucht immer wieder einen Anstoß und einen Schub. Also, es ist einiges passiert und ich versuche da wirklich auch immer wieder drauf zu gucken und mich dafür einzusetzen. Aber, dass da alles im grünen Bereich ist, das kann man wirklich nicht sagen. Und da ist sicher noch eine Menge zu tun für uns alle, denke ich.

Monika Thamm (CDU)

Es ist nun einmal das Schicksal einer Oppositionspartei, dass sie fordert und, dass sie also weniger umsetzen kann. Wie es in anderen Bundesländern ist, sei dahingestellt, das kann ich hier auch ehrlich gesagt, nicht so richtig beurteilen, das will ich auch gar nicht. Aber hier die Berliner CDU sieht also überhaupt keinen Anlass, Entwarnung für dieses Problem zu geben, für die Zahl der Infizierten, die steigenden Zahlen, auch der Neuinfektionen, beweist das. Und die Schwerpunkte auch in der Gesundheitspolitik der CDU liegen natürlich ganz im Wesentlichen auf Prävention, sprich also, die Information in den Schulen, der jungen Menschen. Dann aber auch auf dem zweiten Punkt der Versorgung von Kranken. Da hat also die CDU durchaus Vorstellungen darüber, wie also in einem Aktionsplan der hier für dieses Land Berlin erstellt werden sollte, was da zu machen wäre und was sie sich da vorstellt und ich glaube auch, dass sie da beim Wort genommen werden kann – also, ich persönlich auf jeden Fall – das diese Dinge dann gegebenenfalls auch umgesetzt werden. Und ferner eben halt auch, dass die Bezirke in ihrer Arbeit, die ja auf dieser kommunalen Ebene ist, auch unterstützt werden und, dass die Gelder dafür nicht weiterhin gekürzt werden. Also ich kann nur als Mitglied aus dem Hauptausschuss sagen, dass das also jedes Mal auch ein Kampf ist mit der Senatsverwaltung, die bezirklichen Gelder nicht immer mehr zu kürzen und dann eben halt über irgendwelche Nachschläge dann eben halt das Geld dann wieder erneut zu verteilen, sondern es sollte eigentlich in ausreichendem Maße den Bezirken von Anfang an zur Verfügung stehen und sie sollten es dann eben in dem Sinne auch verwenden können. Ja, das wär's in Kürze.

Reinhard Naumann (SPD)

Die Ausgangsfrage ist ja so angelegt, dass im Grunde genommen jeder von uns jetzt hier vorne aufgefordert ist, zu sagen, warum ist die SPD, die FDP - wie auch immer - ganz toll in dem Bereich. Ich will mal einen anderen Ansatz wählen. Ich habe den Eindruck, dass wir alle hier in dem Raum Anlass haben, ein Stück weit inne zu halten und uns alle gemeinsam, Politik wie Publikum, Publikum wie Politik, zu überlegen, warum haben wir eigentlich zur Kenntnis zu nehmen, dass HIV/AIDS nicht mehr in der Form im Bewusstsein von uns allen eigentlich ist. Wenn ich sage uns allen, meine ich, könnte ich auch sagen, die Gesellschaft. Politik reagiert ja in ihren Mechanismen in der Regel auch auf Nachfrage, auf Druck. Und von daher würde ich gleich am Anfang ein dickes Kompliment hier an die Positivensprecher in der Berliner Aids-Hilfe sagen. Ich denke, es ist überfällig gewesen, dieses Thema in dieser Form aufzurufen. Wobei ich fast ketzerisch hinzufügen würde, und das ist dann wieder vielleicht auch ein Teil der Gesamtsituation, in der wir uns alle befinden, und warum bestimmte Dinge hier heute auch mit all dem was positiv läuft in vielerlei Hinsicht, auch in doppeldeutiger Hinsicht, positiv läuft, was auch an Defiziten heute noch zu diskutieren sein wird. Ein Virus, fünf Parteien, zwölf Bezirke und, wenn ich mal eben überschlagen habe, 25 positive Männer in dieser Stadt, Fragezeichen. Und wo sind die Frauen, Fragezeichen. Nun, damit soll überhaupt nicht kritisiert werden, dass wir jetzt hier beieinander sind. Aber vorhin klang es ja an: Vor gut 15 Jahren habe ich selber auch als politisch aktiver Landesvorsitzender der Schwusos solche Veranstaltungen organisiert. Und die spannende Frage ist ja doch wirklich: Warum sind wir in der Talsohle, ich will es mal so mit diesen Worten formulieren, in der Talsohle, was wirklich im Mittelpunkt ansteht von HIV und AIDS, wobei gleichzeitig eigentlich die Zahlen, wir haben es gerade gehört, überall in einer Form steigen, dass einem teilweise Angst und Bange werden kann. Ich denke, würden wir uns der Mühe unterziehen, wenn wir jetzt mehr Zeit hätten, Wochenende, einen Workshop machen, um die Parteiprogramme wohlgeleitet erst einmal auf kommunalpolitischer Ebenen durchzugehen, dass mehr oder weniger alle Parteien doch im Stand Jahr 2008 Farbe bekennen müssten, dass in den Programmen, Frau Dr. Klotz hat es ja angesprochen, Programme sind das eine und messt uns an der Praxis, was wir umsetzen. Das aber in den kommunalpolitischen Programmen, ich spreche von den kommunalpolitischen Programmen, das sich doch als relativ übersichtlich darstellen wird über die zwölf Bezirke hinweg. Und von daher ist für mich dann schon noch mal die spannende Frage, warum ist das so, wie wird das eingeschätzt seitens des Publikums und ich verbinde das mal, ist zwar unüblich, gleich mal mit einer Frage vom Podium aus ans Publikum: Warum ist nicht mehr Druck und Nachfrage gegenüber den politischen Parteien in der Breite da, sowohl über die Organisationen, wie Berliner Aids-Hilfe, Positivenplenum womöglich, es gibt ja auch noch andere Zusammenhänge, LSVD oder auch, was einzelne Nachfragen als einzelner Bürger angeht. Also, da kann ich für die kommunalpolitische Ebene nur sagen, das ist sehr übersichtlich. Das die Musik im Großen und

Ganzen, das ist noch mal ein anderes Thema, im Abgeordnetenhaus spielt und da eine ganze Menge läuft, ist wohl richtig. Aber bezogen auf die kommunalpolitische Ebene und das ist ja das Thema heute, halte ich das für ausgesprochen übersichtlich. Bezogen auf die SPD, ich habe jetzt keine Umfrage in den anderen elf Bezirken gemacht, kann ich für Charlottenburg-Wilmersdorf und das überblicke ich nun in der Tat schon seit zwanzig Jahren fast, sagen: Auch da hat die Häufigkeit, das Thema anzusprechen, die Häufigkeit, nachzufragen, abgenommen. Aber das gilt parteiübergreifend. Und damit ist aber nicht gesagt, dass es in der Kommunalpolitik keine Bedeutung hat. Dazu kommen wir ja gleich in der zweiten Runde noch mal, was konkret in den einzelnen Bezirken passiert. Das steht dann bei mir auch weniger jetzt unter einer parteipolitischen Überschrift, sondern auch unter der Überschrift, wie parteiübergreifend auch an manchen Punkten zusammengearbeitet wird, um die Dinge gut voranzubringen und an welchen Knackpunkten es tatsächlich möglicherweise auch noch mal einen parteipolitischen Dissens, wohl gemerkt in den einzelnen Bezirksverordnetenversammlungen, gibt. Abschließend, einleitend hier. Für mich wäre viel gewonnen, wenn wir aus der heutigen Veranstaltung nicht nur mit gegenseitigem Schulterklopfen mit Abstrichen vielleicht, der oder die war besser in der Angelegenheit aufgestellt, mit rausnehmen würden, sondern wenn es doch vielleicht einen Impuls geben würde, zu sagen und zu verabreden, wie kann das Thema tatsächlich noch mal in die Breite von Kommunalpolitik in anderer Weise eingespeist werden, als das round about die letzten zehn Jahre abnehmend der Fall war.

Knut Mildner-Spindler (LINKE)

Ich will mal an das anknüpfen, was Frau Klotz am Anfang gesagt hat. Ich glaube wirklich, meine fünfzehn Jahre kommunalpolitische Erfahrung, so resümiere ich jetzt mal: Es ist grundsätzlich bei allen Parteien heutzutage spürbar, dass das Problembewusstsein vorhanden ist, das im Grundsätzlichen die Themen auch eigentlich von allen gleich benannt werden. Es ist selbstverständlich, wenn ich jetzt mal unsere Fraktionen in der BVV betrachte, dass in allen Fraktionen Schwule und Lesben sitzen. Aberwitzige Debatten, wie vielleicht noch von vor zehn Jahren, ob das Hissen der Regenbogenflagge zum CSD der Beflaggungsverordnung von Berlin entspricht oder widerspricht und zulässig sei oder nicht finden nicht mehr statt. Und gleichzeitig, wenn man das sieht, muss man sagen, wenn ich jetzt meine kurze Amtszeit seit Dezember 2006 nehme, bin ich als Gesundheits- und Sozialstadtrat in dieser Zeit mit jeder Menge kommunalpolitischer Probleme in der Organisation von Beratung und Betreuung konfrontiert. Aber auf kommunalpolitischer Ebene von den Parteien, Initiativen und Debatten habe ich das so nicht erlebt - in der BVV Friedrichhain-Kreuzberg nicht. Vielleicht muss man das auch als Achtungszeichen dann nehmen, dass es eben sozusagen, zu dem Selbstverständnis oder der Selbstverständlichkeit gekommen ist und die dann, so wie das im Alltag der Fall ist, eben auch sozusagen das Problembewusstsein ein Stück in den Hintergrund treten lässt, weil es zu etwas Selbstverständlichem geworden ist. Ursachen, die dann sozusagen auch zur Vernachlässigung bei Prävention und Ähnlichem führen, denke ich, muss man noch darüber nachdenken. Kommunalpolitisch bin ich dann in Verantwortung für das Gesundheitsamt und den öffentlichen Gesundheitsdienst mit ähnlichen Problemen konfrontiert, wie meine Kollegin Klotz, wenn es um die Organisation der Beratung geht. Das werden wir bestimmt in weiteren Runden besprechen. Was hier so noch nicht gefallen ist, was für unseren Bezirk an Problemen wichtig ist, wo wir mehr Augenmerk drauf legen müssen, das ist nicht alleine Aufklärung und Prävention bei Jugendlichen, das ist vor allen Dingen auch Abbau von Vorurteilen. Das ist ja gerade im letzten viertel Jahr medienöffentlich mehrmals geworden, dass in einem Bezirk wie Friedrichhain-Kreuzberg, wo man das eigentlich nicht erwartet, es zu Übergriffen, es zu Ausgrenzungen kommt, gerade von Jugendlichen gegenüber Lesben und Schwulen, die offen leben. Das ist ein großes Problem, eine kommunalpolitische Herausforderung, die ich auch in Friedrichhain-Kreuzberg sehe.

Jörg Hackenberger (FDP)

Ja, meine Damen und Herren, Überschrift der Veranstaltung hier heute Abend ist ja HIV/AIDS in der Kommunalpolitik. Jetzt kann man natürlich über den Begriff Kommunalpolitik streiten. Weil ja nach der Berliner Verfassung Berlin Land und Kommune zugleich ist, könnte man ja auch sagen, damit ist auch die Landespolitik sozusagen in Berlin gemeint. Aber natürlich sprechen Sie von den Aktivitäten hier in den Bezirken und ich fand es auch so faszinierend, diese Überschrift, 12 Bezirke, 5 Parteien, ein Virus. Der eine Virus ist klar, was das ist, über was wir sprechen. Aber 12 Bezirke könnte suggerieren, wir haben in Berlin 12 Bezirke und jeder Bezirk macht da irgendwas anderes aneinander vorbei und genauso bei den fünf Parteien. Aber da kann ich zumindest sagen, auch aus der bezirklichen Sicht von Tempelhof-Schöneberg, Frau Dr. Klotz hatte das ja vorhin schon angedeutet, dass wir in der Grundaussage der Problematik HIV/AIDS eigentlich parteipolitisch hier keine so großen Differenzen haben. Ich darf als Vertreter der FDP hier vielleicht in aller Bescheidenheit sagen, dass unsere Fraktion am Anfang dieser Wahlperiode den Antrag gestellt hatte, hin zur Erhaltung der AIDS-

Beratungsstelle hier in Schöneberg, der dann einstimmig von allen Fraktionen angenommen und beschlossen worden ist. Und das hat sich eigentlich bei vielen Dingen, vielen gesundheitspolitischen Dingen wie ein roter Faden durchgezogen: Wo immer es in der Gesundheitspolitik Probleme gab, waren eigentlich die gesundheitspolitischen Sprecher fraktionsübergreifend hier gar nicht unterschiedlicher Auffassung. Ich will mal den Ansatzpunkt woanders finden, wo ich auch durchaus selbstkritisch etwas über meine Partei sage und wo ich glaube, dass das vielleicht bei anderen Parteien auch so ist. Wir sprechen ja überwiegend über das, was die Gesundheitspolitiker tun in den einzelnen Parteien. Aber, wenn ich beispielsweise sehe, was Sie in dem Plakat hier in der Einladung angesprochen haben, Wohnraumangebot, Abbau von Vorurteilen, ja eben auch schon genannt worden, von Herrn Mildner-Spindler, Arbeitsvermittlung. Das heißt, wir haben hier Schnittstellen zwischen den unterschiedlichsten Bereichen, die auch Kommunalpolitiker haben. Zufälligerweise bin ich ja nun auch im Ausschuss für Soziales und Jobcenter. Aber das muss ja gerade bei größeren Fraktionen nicht so sein. Und da habe ich auch den Eindruck, dass die Vernetzung innerhalb von Fraktionen nicht so in der Weise da ist, wie es vielleicht sein könnte. Also, dass beispielsweise eben der wohnungspolitische Sprecher einer Fraktion alles andere im Kopf hat, aber nicht unbedingt, wie sieht es eigentlich mit der Wohnraumversorgung von HIV/AIDS-Infizierten aus. Das heißt also, das scheint mir vielleicht eine Herausforderung für uns Parteien auch zu sein, dass wir hier die Vernetzung schaffen, um konkrete Probleme auch eben außerhalb des reinen gesundheitspolitischen Bereichs anzusprechen. Denn, was die Gesundheitspolitik angeht, jetzt auch auf Landesebene, auch wieder fraktionsübergreifend, nun bezeichnenderweise waren es jetzt die drei Oppositionsfraktionen gewesen, die ja im Mai im Abgeordnetenhaus die Beibehaltung guter Behandlungsstandards der Berliner HIV-Schwerpunktpraxen beantragt haben. Das heißt also, auch hier sieht man, ich weiß jetzt gar nicht wie das mit der Abstimmung - das ist ja an den Ausschuss überwiesen worden und da ist noch nichts rausgekommen, wenn ich das sehe -

Dr. Klotz: Ist nicht behandelt worden.

Ist noch nicht behandelt worden. Also, es wäre natürlich schön, wenn es dann hier auch unabhängig davon, wer nun gerade Regierung bildet und wer nun in der Opposition ist, hier einstimmige Verhaltensweisen gibt. Aber an den Punkten sieht man, wir sind eben in der Tat von der alten Süßweiler- Gauweiler-Schiene weg. Und als Sie am Anfang, Herr Traute, so gleich ein Beispiel brachten und Frau Dr. Klotz nannten, da wäre ich schon richtig böse gewesen, wenn Sie meinen Namen dann als Kontrapunkt eventuell gemeint hätten, zu nennen, weil wir diese Differenzen hier gar nicht sehen. Und ich glaube, wir sollten vielleicht, das ergibt sich vielleicht auch aus den Fragen, die konkret aus ihrem Alltag waren, sehen, in welchen Bereichen tatsächlich etwas getan werden muss. Ich habe, das wusste ich jetzt nicht, mit Freude zur Kenntnis genommen, dass zum Beispiel die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters hier in Tempelhof-Schöneberg Schulungen erhalten haben, um diesen Fragen, sensibilisierter diesem Problem gegenüber zu stehen. Das sind also genau die Punkte, wo ich meine, wo man ansetzen muss. Prävention, das abschließend noch, scheint für mich wirklich in Anbetracht der steigenden Zahlen, auch da sieht natürlich die FDP das als ein Problem an, dass, wobei man sagen muss, dass ist jetzt der Grund, könnte ja auch mal etwas Positives zunächst mal sein, nämlich die bessere medizinische Entwicklung. Das heißt, wir haben ja eine höhere Lebenserwartung, als wir das noch vor zehn, fünfzehn Jahren hatten. Das kann natürlich wieder auch zu Verhaltensweisen führen, die dann wieder die Ursache für steigende Zahlen sind. Deswegen meinen wir eben auch, ist die Prävention hier eine sehr wichtige Sache auch in den Schulen und es wäre also auch noch wichtig, dass diese Mittel da für die Peer-education, wo man in den Schulen schon aufklärungsweise rangeht, dass die dann auch wirklich in Berlin so eingesetzt und verwendet werden, wie sie eigentlich vom Sinn und Zweck her notwendig wären.

Armin Traute (Moderation)

OK. Das zeigen uns vielleicht die Kommunalpolitiker, die sagen: Ich will jetzt lieber über die konkreten Projekte reden und so groß unterscheiden wir uns gar nicht, als das wir jetzt hier große Vorträge darüber gehalten werden, was unterscheidet und was die Programme sind. Bevor wir dazu aber jetzt kommen und da sind wir ganz gespannt drauf, zu hören, was haben Sie denn als was haben Sie als Vorstellung dessen, was Ihre Partei unterstützt hat konkret auf kommunaler Ebene im Bereich HIV und AIDS. Bevor wir zu dieser Runde kommen, gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt Fragen aus dem Publikum zu dem, was bisher gesagt wurde, Anmerkungen, Kommentare.

[Nachfrage aus dem Publikum zur wirklichen Bedeutung des Themas HIV/AIDS in der Politik und politischen Aktivitäten]

Reinhard Naumann (SPD)

Ja, das ist jetzt die Frage, die war "da spielt die Musik" gemeint. Was ich mit der Formulierung gemeint habe, ist sicherlich nicht, dass nun in jeder zweiten Sitzung des Gesundheitsausschusses das Thema HIV und AIDS auf der Tagesordnung steht. Aber das, was die Umsetzung der politischen Programme - und das war ja die Ausgangsfrage - angeht und, was Eckdaten definieren angeht und, was zum Beispiel die Frage angeht, die 2010 ja dann für die Perspektive wieder ansteht: Wie geht es mit der Finanzierung der AIDS-Arbeit im Zusammenhang von LABAS weiter. Das sind Punkte. Und in dem Sinne spielt die Musik auf Landesebene. Ich habe jetzt nur das Problem, ich könnte jetzt sofort einsteigen und sagen, wie sich kommunalpolitisch das ein oder andere darstellt, aber das haben wir ja nun versucht, glaube ich in den zweiten Teil zu legen. Ich wollte ja mit der Formulierung nicht zum Ausdruck bringen, dass in den Bezirken, still ruht der See und keine Verantwortung da ist und da nicht auch etwas gestaltet werden könnte. Das wird ja, denke ich, gleich noch deutlich werden. Mir ging es nur darum, zu verdeutlichen, dass es eben heute um eine kommunalpolitische Diskussion geht und bestimmte Rahmenpunkte, Eckpunkte, Frau Thamm hat es vorhin angesprochen, den Bezirken in der Finanzierung schlichtweg natürlich auch vorgegeben sind und daraus dann die eine oder andere Gestaltungsmöglichkeit erwächst, die auch in den Bezirken bis hin zur Regenbogenfahne, also die Einschätzung, dass es keine Diskussion mehr ist, die ist ja nun gerade auch erst jüngeren Datums, Reinickendorf hat ja erst vor Kurzem die Kurve gekriegt, letztlich glaube ich auch mit einer halben Senatsanweisung, ja, also, das sind ja keine Selbstläufer. Also, die Frage, was sind die Unterschiede in den Bezirken, wie sieht es in den Innenstadtbezirken aus, wo ich erstmal unterstelle, natürlich, weil es einfach auch mehr Betroffene gibt, die Kommunalpolitik möglicherweise, ich sage es ganz vorsichtig, möglicherweise auch etwas problemorientierter und kundenfreundlicher aufgestellt ist, als möglicherweise in dem ein oder anderen Bezirk, der sich an der Peripherie der Stadt befindet. Oder, dass, was angedeutet wurde, ja auch schon: Wie verhält es sich denn tatsächlich mit dem Schlagwort, Prävention über Schule stattfinden zu lassen. Nach allem, was ich weiß, ist das sehr übersichtlich und da können wir gleich mal einsteigen. Das ist genauso ein Stichwort, wo ich selber auch immer wieder merke, das ist so ein Schlagwort, was Politiker oder wir jetzt hier, die hier vorne sitzen, gerne benutzen. Aber, wenn es darum geht, das Schlagwort in die Realität umzusetzen, auch mal nachzuhalten und nachzufragen, was passiert denn konkret in den Schulen und dann aber auch noch mal den Brückenschlag zu machen, zu sehen, wie sich mit Prävention und den Untiefen von Präventionsarbeit auseinandersetzen. Wie müssen denn die Strategien aussehen, dass da nicht einfach nur eine Zahlenkolonne abgehakt wird und so getan wird, ach, das hat es dann doch sozusagen gebracht. Sondern das auch noch einmal zu hinterfragen, was hat das denn gebracht. Oder ist das vielleicht ein falscher Ansatz. Muss man nicht vielleicht einen anderen Weg gehen? Also, die Fragen sind ja äußerst differenziert, nicht nur zu stellen, sondern auch zu beantworten.

Dr. Sibyll Klotz (GRÜNE)

Ich habe ja am Anfang gesagt, die Einstellungen und die Haltungen sind nicht mehr so unterschiedlich, wie zu den Gauweiler-Zeiten. Aber, dass da nicht zuviel Harmonie ist, will ich auch mal ganz klar und deutlich sagen. Also, es spielt schon eine Rolle, aus welcher Partei man kommt, was für einen Raum das Thema sowohl auf der Landesebene als auch auf der Bezirksebene spielt. Und ich habe jetzt noch einmal geguckt gerade, weil ich dachte, das habe ich anders in Erinnerung. Wir haben eben sehr wohl etwas auch da drinnen zu stehen. Und ich finde es eigentlich auch ganz ok, wenn wir hier als Parteienvertreter sitzen, dann ist das immer eine Gratwanderung. Also, natürlich sind wir auch immer dabei, Gutes zu tun und darüber zu reden, zu sagen, dass wir die Tollsten sind, das ist ein Teil sozusagen meines Arbeitsvertrages und auf der anderen Seite bin ich aber immer auch bemüht, da wo es sinnvoll ist, auch Bündnisse über Parteien zu schmieden. Aber dieses jetzt alles zusammenrühren. Also, das gefällt mir nicht, weil ich denke, es hängt von Programmen und den Parteien, aber auch von den agierenden Personen ab. Es kann eine Partei sein, ich will jetzt gar keine ansprechen, aber die das Thema nicht hochhängt und trotzdem die Positivensprecher ins Abgeordnetenhaus ins Kasino einlädt, um mit ihnen bei der Umstellung zu den Jobcentern darüber zu reden, was man eigentlich machen kann, was sinnvoll wäre, das war Peter Groß. Und es kann auch bei den Grünen jemand geben, den es nicht so wahnsinnig interessiert, um das nun mal irgendwie vorsichtig zu formulieren. Und letzte Anmerkung noch. Es sind eben auch nicht alles nur Geldfragen. Es sind eben auch Einstellungsfragen. So. Und da könnte ich ganz viel zu erzählen, da habe ich ganz viel erlebt, auch in den letzten anderthalb Jahren in der Verwaltung. Es misst sich letztlich auch daran, ob man mit dem, was man da so tut, wo man da so ist, dafür sorgt, auch, dass diese Einstellungen sich verändern, weil es haben nicht alle unsere Einstellungen hier. Da brauchen wir auch gar nicht so zu tun, da bleibt noch einiges zu tun, das kann man auch nicht verordnen von oben.

[Nachfrage aus dem Publikum zu den der Berliner Aids-Hilfe angebotenen vollfinanzierte Stellen]

Dr. Sibyll Klotz (GRÜNE)

Also, ich glaube, wir können es ganz kurz ausräumen, weil das war gar nicht anklagend gemeint, sondern es war ein Beispiel dafür, wie man die Thematik mitdenkt. Es gibt in Berlin ein Instrument, das StGB II. Das haben Sie alle schon gelesen. Das ist der sogenannte öffentlich geförderte Beschäftigungssektor nach dem § 16a des StGB II. So. Und da können Leute, die mindestens zwei Vermittlungshemmnisse haben, die langzeiterwerbslos sind, für die keine Prognose in den nächsten Jahren und Aussicht auf Arbeit besteht einen Beschäftigungszuschuss in Höhe von 75% für drei Jahre lang finanziert werden. Das wird durch den Senat aufgestockt durch ESF-Mittel, so dass man bei einer vollfinanzierten Stelle rauskommt und der Senat plant 10.000 Stellen berlinweit. Wir haben im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, ja, jetzt sind wir bei ein paar Hundert, ich glaube, wir sind irgendwie bei 700, 800 dieses Jahr und ich habe von Anfang an eben auch meine Projektwünsche an welche herangetragen, wo ich dachte, das wäre doch einmal ein gutes Projekt. Meine Vorstellung war, indem ich das der Berliner Aids-Hilfe, die auch reagiert hat, das weiß ich, also die haben auch was abgeliefert beim Jobcenter, aber das sind ja alles noch Prozesse, die laufen, habe ich gesagt, wollt ihr nicht, wollt ihr nicht also auch ein Projekt machen, wo ihr im Café Positiv und da und dort, also Leute, die langzeiterwerbslos sind, finanziert. Also, einfach über einen längeren Zeitraum einsetzt. So. Das war die Idee. Ich weiß auch, dass die Aids-Hilfe da was aufgeschrieben hat. Ich weiß aber nicht und das war mein Punkt, ob dabei mittlerweile ein richtiger Antrag rausgekommen ist. Mir hat der noch nicht vorgelegen. Das war ein Beispiel dafür, wie man die Thematik mitdenken kann und wie man Anstöße geben kann und damit vielleicht auch ein Stück weit helfen kann. Ich wollte hier niemanden auf den nicht vorhandenen Schlips treten. Also, sorry.

Jörg Hackenberger (FDP)

Ja, ich wollte dazu direkt jetzt noch etwas zu sagen Frau Dr. Klotz. Vom Ansatz stimme ich Ihnen ja völlig zu. Nur leider müssen wir feststellen, dass zum Beispiel Menschen, die halt infiziert sind und, was ja nicht so selten ist in dem Zusammenhang, berufliche Rehabilitanten sind. Das genau das Programm des öffentlichen Beschäftigungssektors vom Jobcenter Tempelhof-Schöneberg nicht für Rehabilitanten angewendet wird. Also, da sind sie nicht das einzige Jobcenter, nur zur Beruhigung. Also, von der Südschiene, der Agentur Süd, sind zwei Jobcenter, wo es nicht Anwendung findet bei Rehabilitanten. Mit der Begründung, dass der öffentliche Beschäftigungssektor ja keine Integration auf den 1. Arbeitsmarkt bedeuten würde. Das macht MAE auch nicht. Trotzdem werden da Rehabilitanten reingeschickt. Und ich glaube, das wäre gerade bei dem Personenkreis, wo es eben nun wirklich auch Schwierigkeiten, wirklich Hemmnisse in der Vermittlung gibt, sehe ich ehrlich gesagt nicht ein, wieso nicht auch Rehabilitanten hier mit erfasst werden könnten, um ihnen auch Beschäftigung im Rahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors zuzuweisen. Also, da würde ich Sie vielleicht bitten, in der Trägervertretung im Jobcenter Tempelhof-Schöneberg darauf mal Einfluss zu nehmen.

[Frage aus dem Publikum zur mangelnden Jugendprävention, immer weniger und unzureichend vernetzten oder koordinierten STI-Beratungsstellen für STI und AIDS und zu Aktivitäten der Bezirke hinsichtlich der immer weniger durch den Senat zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel]

Monika Thamm (CDU)

Also, fangen wir mal mit diesem ressortübergreifenden Agieren an. Also, ich wünschte mir schon, dass auch im Abgeordnetenhaus, das passiert nämlich durchaus nicht in dem Maße, dass also bei verschiedenen Themen, übrigens nicht nur bei AIDS, ressortübergreifend, also sprich, auch über die Ausschüsse hinweg, das da mehr zusammengearbeitet wird. Also, in Ansätzen passiert das zum Beispiel, wo war es also? Es war hier bei dieser Angelegenheit mit den Dianetikern, also wie heißen die, in Charlottenburg, die sich da niedergelassen haben, ich kenne sie nur als Scientology, ich kenne sie nur unter dem Begriff Dianetiker, weil das ihre Lehre ist. Also, da passiert es dann schon, dass also im Rechtsausschuss, im Jugendhilfeausschuss, dass da also dann zusammengearbeitet wird und, dass diese Ausschüsse auch zusammen darüber beraten und auch etwas Gemeinsames erstellen. Also, ich wünschte mir schon, dass das auch in anderen Bereichen so geschehen würde, so zum Beispiel eben auch bei AIDS und bei der HIV-Infektion. Das, wie gesagt, findet eben leider noch nicht in ausreichendem Maße statt. Also ich persönlich setze mich dafür sehr ein und gehe auch in die anderen Ausschüsse. Aber gut, ok, einer fängt an oder einige fangen an und man muss eben sehen, dass das eben halt verstärkt wird. Was die Finanzen angeht. Nun, da muss man also, ich will jetzt nicht sagen Sarazin spielen, aber es ist im Endeffekt so, die Bezirke bekommen eine Summe, und das ist eine Globalsumme und die können sie eben halt ausgeben. Sie können ihre Schwerpunkte setzen.

Alles andere wäre dann über Sonderprogramme, die dann der Senat nach Gutsherrenart verteilt, etwas, was ich persönlich sehr beklage. Sie fordern, es sei ja gut, ok Vielleicht ist es auch hier und da mal richtig. Aber persönlich muss ich Ihnen sagen, finde ich es nicht in Ordnung, dass also quasi Sonderprogramme, die jedenfalls vom Finanzsenator aufgelegt werden, mal sind es die Bäume, mal ist dann eben halt AIDS. Das finde ich nicht so gut. Ich finde, die Ausstattung der Bezirke sollte eben an sich hinreichend sein und sollte das also auch umfassen. Und natürlich, also auch dieser Aktionsplan, der enthält ja auch sozusagen in seiner Begründung beziehungsweise einer der Forderungen steht ja auch, dass im Grunde dort in diesem Plan auch die Aufgabenwahrnehmung und die Verantwortung sowohl des Senats, der Bezirke, als auch der Träger der AIDS-Hilfe klar definiert wird. Damit man im Grunde auch mal sagen kann, also, dafür sind Sie zuständig und dafür Sie und sprechen Sie sich miteinander ab. Denn ansonsten ist es tatsächlich so, dass man da immer im Nebel rumstochert und mal die einen fragt und mal die anderen und keiner weiß sozusagen voneinander und vielleicht arbeiten sie sogar gegeneinander. Von daher sehe ich schon, dass also eine bessere Zusammenarbeit insbesondere auch im Abgeordnetenhaus, in den Ausschüssen von großem Vorteil wäre.

Reinhard Naumann (SPD)

Ich halte es für erforderlich, dass, wenn man ernsthaft sich der kommunalpolitischen Ebene zuwendet, dass man versucht, mehr als es bisher der Fall ist, Transparenz in Hinblick auf jeden einzelnen der 12 Bezirke, im Sinne auch einer Gesamtschau, herzustellen. Ich frage mal in die Runde, auch Richtung Berliner Aids-Hilfe. Da ich ja nicht Gesundheitsstadtrat bin habe ich gerade mal den Kollegen gefragt, gibt es so etwas, das muss ja nicht wöchentlich passieren, gibt es so etwas wie einen Rundbrief in der heutigen Zeit mit Vernetzung, Internet ist das ja eigentlich alles gut möglich. Gibt es einen Rundbrief? Als Schul- und Jugendstadtrat zumindest würde ich Interesse äußern, da dann durchaus auch mit dranzuhängen muss ja nicht ausschließlich dann nur im Bereich Soziales und Gesundheit dann nur verortet sein. Gibt es einen Rundbrief oder könnte man sich so etwas mal vorstellen, der in einem regelmäßigen Abstand das Thema Kommunalpolitik und HIV und AIDS in den Blick nimmt. Der an anonymisierten Beispiele aufzeigt, wo läuft was positiv und an anonymisierten Beispielen auch in der Lage ist, aufzuzeigen, wo läuft es in einzelnen Bezirken möglicherweise auch etwas nicht rund. Wo müssen Betroffene, Pflegestufe 3, 100% schwerbehindert, möglicherweise in Verwaltungsgerichtsverfahren ohne Not gehen, während in einem anderen Bezirk die Praxis sich schlichtweg nochmal im doppelten Sinne des Wortes positiver darstellt. Für Charlottenburg-Wilmersdorf würde ich zwei, drei Stichworte einfach sagen, an denen wir uns dann ja vielleicht auch noch ein Stück weit hier noch abarbeiten können. Ich denke, für alle Bezirke gilt, und das gilt auch für unseren Bezirk: Die Bezirke sind in der unmittelbaren Verantwortung erstmal, das klang ja auch im Eingangsstatement von Frau Dr. Klotz vorhin auch mit an, in der unmittelbaren Verantwortung für betroffene Menschen mit HIV und AIDS bis hin zum Ausbrechen der Krankheit in der Bewältigung der dringend praktisch notwendigen Probleme, die auftreten, als adäquater Partner und Unterstützer zur Verfügung zu stehen. Und das sind Stichworte wie Mehrbedarf Ernährung, Mehrbedarf Hygiene und in der Vorbereitung, ich habe wirklich auch was selber gelernt: Es besteht ja für viele Menschen inzwischen, und da muss man ja nicht HIV und AIDS haben, als Thema, das Problem der explodierenden Energiekosten. So. Wie stellt sich das für jemanden dar, der möglicherweise aufgrund der Erkrankung inkontingent ist. Ich habe selber vor gut 15 Jahren das persönlich miterlebt, was es bedeutete, oftmals die Wäsche zu wechseln. Natürlich ist die Waschmaschine öfter an, als bei uns, die wir kaum zuhause sind und nicht sich in so einer Krankheitssituation sich befinden. Ich habe einen Mitarbeiter gefragt, schätzen Sie doch mal, was ist der durchschnittliche pauschale Beitrag, der für Energiekosten in der Grundsicherungssumme drin ist. So. Ich will das hier jetzt nicht verlängern. Der hat gesagt, 50 Euro. Es ist nicht einmal die Hälfte. € 21,75, wenn ich es mir jetzt richtig gemerkt habe. € 21,75 festgelegt, ich bin jetzt nicht der Bundessozialexperte, wahrscheinlich vor drei, vier, fünf Jahren. Was bedeutet das angesichts der Entwicklung der Energiekosten allein nur in den letzten zwölf Monaten für einen solchen Betroffenen? Da frage ich wieder zurück, nicht im Sinne vom Abwimmeln, sondern im Sinne von warum kommen, damit sind Probleme verbunden, handfeste Probleme, warum kommen die in der Kommunalpolitik bei den Verantwortlichen, Bezirksverordneten, die auch eine Verwaltung kontrollieren sollen, von Reinickendorf bis Treptow-Köpenick, von Pankow bis Steglitz-Zehlendorf, warum kommen die nicht an? Warum kommt das nicht an? Ich denke, da müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen und dafür sorgen, das wäre ein praktisches Ergebnis aus der heutigen Veranstaltung, dass wir da mehr Vernetzung hinkriegen. Denn, ich weiß, dass das unterschiedlich gehandhabt wird. Und mein Interesse ist natürlich, es möglichst im Interesse der Betroffenen handzuhaben. Und ich kann, mit der Kollegin Schmiedhofer habe ich vorhin noch mal gesprochen, gerade nach ihrer Rückkehr aus dem Urlaub, die ja nun für Bündnis 90/Die Grünen Gesundheit und Soziales bei uns im Bezirk verantwortet und wo rot-grün, das sage ich deutlich, auch

auf einer Linie ist, auch parteiübergreifend, sofern überhaupt jemand, das hatten wir vorhin, sagen: Es wird in Charlottenburg-Wilmersdorf daran gearbeitet, da auch zu verlässlichen Kriterien für die Bestimmung eines gesetzlichen Energiebedarfs auch über diese Pauschale hinaus, auch jenseits von verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu kommen.

Dr. Sibyll Klotz (GRÜNE)

Es gibt Vorgaben von Seiten der Senatsverwaltung, wie hoch das zu sein hat. Entschuldigung. Wir können da gerne noch ein bisschen einsteigen in die Mehrbedarf- und die Energiekosten.

Reinhard Naumann (SPD)

Nein, im Bereich der Energiekosten gibt es das nicht auch bei gegenteiliger Auskunft. Die Vorgaben gibt es für den Mehrbedarf Hygiene, die Vorgaben gibt es für den Mehrbedarf Ernährung, ganz klar, aber für den Bereich Energie angesichts dessen, was im Augenblick explodiert. Ich habe aktuell hier Verwaltungsgerichtssprechung gerade dazu, die übrigens da auch unterschiedlich ausläuft – Entschuldigung, Sozialgerichtsbarkeit natürlich - Sozialgericht sagt A und Landessozialgericht sagt B. Was ich damit nur sagen will, weil wir können ja hier jetzt nicht in Einzelfälle einsteigen. Hier besteht vor Ort für den einzelnen oder die einzelne Betroffene eine Problemlage, die dann möglicherweise bei einzelnen SachbearbeiterInnen, manchmal vielleicht mit einer Rückkopplung, wenn es auch von der Einstellung her passt, mit einer Stadträtin erfolgt. Die aber in der Breite kein Thema ist. Und da sind wir wieder am Anfang. Das muss in anderer Weise Thema werden und gar nicht unbedingt nur speziell dann als Bereich, weil Sie das sagten, zurecht finde ich, nur HIV und AIDS. Das betrifft ja andere chronische Krankheiten mit möglicherweise ähnlichen Bedarfen in gleicher Weise. Für den Bereich Schule, Jugend noch ganz kurz: Ich halte zum Beispiel so was wie Kondomautomaten in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen zu diskutieren und dann auch in die Umsetzung zu bringen, wie in Charlottenburg-Wilmersdorf, nicht für ein Allheilmittel. Aber es ist eine Möglichkeit, auch eine Schulgemeinschaft, die das ja ja per Schulkonferenz dann beschließen muss, möchten wir so etwas oder möchten wir das nicht, wenn ja, warum, wenn nein, warum nicht, in eine Auseinandersetzung über die Fragen von in einem weiteren Sinne überhaupt Sexualpädagogik und Aufklärung zu bringen, bis hin zu Prävention HIV und AIDS. Ich habe immer gesagt, entscheidend ist letztlich nicht, wie viele Tüten, wie viele Kondome werden tatsächlich gezogen. Das ist übersichtlich. Aber die Automaten in den vier Oberschulen, die wir haben und den zwei Jugendfreizeiteinrichtungen sind ein ganz tolles Vehikel, wenn es denn die Pädagoginnen und Pädagogen auch tatsächlich dann machen. Das auch gegenüber den Sieben- Acht- und Neunklässlern aufwärts nahezubringen. Warum gibt es da nicht mehr in anderen Bezirken, Schulen und Jugendclubs – Fragezeichen!

[Fragen aus dem Publikum nach mehr Vernetzung in den Berliner Bezirken]

Knut Mildner-Spindler (LINKE)

Ich hätte gerne schon auf Ihre Fragen hinsichtlich der kommunalen Beratungsangebote, Prävention was gesagt, musste mich ganz spontan melden, als es um die Bezirkshaushalte ging. Der Verweis darauf, dass die Bezirke sozusagen im Rahmen ihrer zugewiesenen Mittel den Spielraum haben, politische Schwerpunkte zu setzen, der ist äußerst begrenzt. Ich will das nicht weiter strapazieren. Wir haben in Friedrichshain-Kreuzberg einen Haushalt von reichlich 500 Millionen. Von diesen 500 Millionen sind ungefähr 60 Millionen frei verfügbare Mittel. Alle anderen sind von vornherein gebunden durch Personal durch die Bewirtschaftung der Gebäude, durch die Transferleistungen nach gesetzlichen Grundlagen. Das bedeutet dann, dass in den 10 %, 12 % frei verfügbaren Mitteln und da will ich hier die Schwerpunkte oder Prioritäten setzen, von der Straßenunterhaltung über die Grünflächenpflege -

[Aber die Vernetzung und über das was wir jetzt hier geredet haben, kostet doch nicht so viel Geld.]

Ich will mal kurz weitermachen. Der Verweis, zu sagen, das ist eine Entscheidung der Bezirke, muss schon ein Stück gekontert werden mit dem Verweis darauf, wie sind wirklich die Gestaltungsspielräume in den Bezirken vorhanden. Das wollte ich hier nur noch mal damit unterstrichen haben. Es wurde gesagt, 12 Bezirke, 12 Großstädte, 12 unterschiedliche Handhabungen. 12 unterschiedliche Handhabungen, die dann auch dazu geführt haben, dass es bei der Schwerpunktsetzung eben tatsächlich ganz unterschiedliche Herangehensweisen gegeben hat, was dann dazu geführt hat, dass die Bezirke bestimmte Präventionsangebote, Beratungsangebote abgebaut haben und lieber andere Spielwiesen, die ich nicht wirklich abwerten will, bedient haben. Das fällt jedem Bezirk schwer, so eine Prioritätensetzung dann wirklich zu machen. Damit komme ich zu den Zentren mit dem Konzept und

der Überlegung, ein Angebot des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Berlin zu organisieren. In der letzten Wahlperiode ist der Versuch unternommen worden, vergleichbare Angebote zu schaffen. Ich will es nicht nur unter dem sozusagen Vorzeichen von Effektivierung oder Sparen sehen, sondern tatsächlich vergleichbare Angebote zu schaffen. Ich bin seit Dezember 2006 im Amt, habe die vorherige Wahlperiode, die Vorbereitung dieses Konzeptes öffentlicher Gesundheitsdienst so nicht mitverfolgen können. Ich frage mich heute manchmal, ob ich in Hinblick auf die Vereinheitlichung und klare Strukturierung glücklich darüber sein soll oder, ob ich sozusagen mich beklagen sollte über das Erbe, was wir da jetzt im Moment zu gestalten haben. Wenn gesagt wurde, vorhin, Sie sagen, die Musik spielt im Abgeordnetenhaus, dem wird widersprochen. Ich habe die letzten anderthalb Jahre die gesundheitspolitische Debatte zwischen Landes- und Bezirksebene als Gesundheitsstadtrat vor allen Dingen als eine Debatte um die Ausgestaltung der Angebote des öffentlichen Gesundheitsdienstes erlebt, wozu auch die Zentrenbildung in Hinblick Zentrumsberatung für, also Beratungszentren sexuelle Gesundheit und Familienplanung gehörte. Eine Debatte unter schwierigen Voraussetzungen. Wir sind im Bezirk verantwortlich für ein solches Zentrum. Ein Zentrum, was überregional, also überbezirklich die Angebote machen soll, das seit 01. April diesen Jahres auch tut. Was dazu führt, dass zu uns wesentlich mehr Hilfe-, Beratungs- und Testsuchende zu uns kommen, als das in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Wenn wir letztes Jahr ungefähr 2.300 HIV-Tests durchgeführt haben, haben wir zur Jahreshälfte schon 1.600 in diesem Jahr durchgeführt gehabt. Das unter dem Vorzeichen, dass auf Landesebene noch nicht geklärt war, wie personell und finanziell diese Zentren ausgestattet sind. Allerdings, erlebe ich dort, wenn man mit Nachdruck daran arbeitet, dass man dann durchaus ausscheidende Ärzte, Zielstruktur, was die Stellenbesetzung betrifft, wieder besetzen kann. Ich bin guter Hoffnung, dass wir in diesem Jahr unsere Zielstrukturen noch werden erreichen können. Eine Zielstruktur, wo diejenigen, die in der Beratungsstelle arbeiten, nicht nur für HIV/AIDS zuständig sind, sondern natürlich auch für Schwangerenberatung und so weiter und so fort. Wir haben vier Sozialarbeiterinnen, die die HIV-Tests begleiten mit vier Sprechstunden in der Woche und die zugleich eine, jetzt komme ich zur Prävention, sehr aufopferungsvolle Arbeit leisten. Angebote organisieren, was Prävention vor allen Dingen in Kinder- und Jugendbereich Aufklärung betrifft, die in Schulen gehen, die auf Veranstaltungen gehen, die vernetzt arbeiten, die sich aber in der personellen Ausstattung sich sozusagen nicht teilen können, Sprechstunden für HIV-Tests durchzuführen und zugleich in die Schulen zu gehen und das dann noch überbezirklich zu machen, also nicht nur auf Friedrichshain-Kreuzberg, sondern vor allen Dingen auch in unserem Einzugsbereich Neukölln nach Südosten zu, ein riesiger Einzugsbereich, der über unsere Beratungsstelle in der Urbanstraße mit abgedeckt wird. Insofern sind wir in der Situation, natürlich mit den beschränkten Mitteln und mit dem beschränkten Spielraum, den wir im Haushalt haben, zu versuchen, diesem Auftrag, der für alle Zentren der gleiche ist, sein sollte, dann auch gerecht zu werden. Bei Prävention muss ich allerdings sagen, dass es nicht alleine Aufgabe des Gesundheitsamtes ist, des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Da denke ich, dass der Schul- und Jugendbereich genauso eine Verantwortung hat und so sehe ich bei uns im Bezirk durchaus noch Reserven, was die Zusammenarbeit betrifft. Da haben wir im letzten Jahr die Erfahrung gemacht, dass es ein relativ hohes Problembewusstsein in den Kinder- und Jugendfreizeitstätten, also in dem Bereich der traditionellen Kinder- und Jugendarbeit gibt, die dann auch mit dem LSVD und anderen, wenn es so landesweite Aktionen gibt, durchaus zusammenarbeiten, während es im Schulbereich äußerst schwierig ist, dann auch die Verantwortlichen, also die Pädagogen dann aufzuschließen, sich dort anzuschließen.

[Nachfrage aus dem Publikum zu kostengünstiger Vernetzung und zum mangelnden Angeboten in den Randbezirken]

Knut Mildner-Spindler (LINKE)

Die Frage kann ich ganz klar beantworten. Zwölf Bezirke heißen quasi 12 Großstädte. Zu glauben, die müssten sich jetzt verabreden und untereinander vernetzen zumal an der Stelle sind wir wieder auch bei den unterschiedlichen politischen Mehrheiten. Manche Dinge werden ja noch im allgemeinen common sense dann auch praktisch unterschiedlich gehandhabt. Also, da kann ich nur sagen, wer daran glaubt, der wird irrgläubig sein. Das wird nicht funktionieren. Das gibt es nicht nur in dem Bereich nicht. Das gibt es auch in anderen Bereichen nicht.

Armin Traute (Moderation)

Ich gebe das Wort jetzt mal an Herrn Hackenberger, verbunden mit der der Frage – es ging jetzt in der letzten viertel Stunde, außer Herr Mildner-Spindler hat angefangen schon über die Tätigkeiten im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg schon zu erzählen, vorweggenommen, was passiert denn konkret in den Bezirken. Ich würde jetzt gerne weitergeben an Herrn Hackenberger – Also, ich fand es so schön von Dieter Telge zu sagen, es gab doch mal in den achtziger Jahren ein großes

Schoolworkerprogramm und das wird jetzt nicht mehr finanziert. Bis dahin habe ich es noch verstanden. Dann haben Sie angefangen, über die Kompetenzen zwischen, und die Finanzen zwischen Bezirk und Landesebene zu reden, nichts für jemanden, der in der Kommunalpolitik nicht so richtig drin ist. Sie sagen alle, Prävention ist wichtig. Und wir sind uns wahrscheinlich alle einig, ein Teil von Prävention kann sein, in die Schulen zu gehen, Aufklärungsarbeit zu machen. Woran liegt es, dass das nicht gemacht wird. Hätte es denn überhaupt eine Aussicht umgesetzt zu werden, angesichts der, die wir alle kennen, der Finanzlage in Berlin.

Jörg Hackenberger (FDP)

Also warum ich mich ja gemeldet hatte, war, um noch mal etwas zu der Fragestellung, der zuletzt geführten Diskussion zu sagen. Aber ich komme gern selbstverständlich auch noch auf Ihre Frage zurück. Hier ist ja, ich glaube, Herr Ehrlich war es, unter anderen, der angesprochen hatte und eingefordert hatte, eigentlich eine stärkere Vernetzung unter den Bezirken. Das war ja im Zusammenhang unter anderem mit dieser Diskussion, in wie weit könnten Mehrbedarfe für steigende Energiekosten und so weiter gewährt werden. Da will ich mal ganz offen sagen: Ich weiß gar nicht, ob ich diese Vernetzung unter den Bezirken so haben will. Ganz einfach deshalb nicht, weil der Ausgangspunkt dieser Diskussion ist ja im Grunde, wer hat für welche Aufgaben welche Kompetenz. Das heißt, wir haben Kompetenzen, die sind geregelt auf der Landesebene. Wir haben Kompetenzen, die sind geregelt auf der Bezirksebene. Und gerade wir als Bezirkspolitiker haben natürlich auch Interesse daran, dass ein Bezirk eigentlich so viele Kompetenzen hat, wie es nur geht, sofern denn natürlich auch der finanzielle Ausstattungsrahmen dafür dann zur Verfügung steht. Und in dem Moment, wo der Bezirk für bestimmte Bereiche Kompetenzen hat, ist es dann in der Tat eine politische Entscheidung des Bezirks. Wie wird dieser Bezirk geführt. Und da kann es dann sehr wohl eben auch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Das heißt, in dem Moment, wo ich sage, Vernetzung unter den Bezirken heißt ja nichts anderes: Wir wollen im Bezirk A eigentlich kein anderes Ergebnis haben wie im Bezirk B. kann ja eigentlich dann die Lösung nur heißen, wir brauchen die landesrechtliche Kompetenz, die das dann einheitlich für alle zwölf Bezirke regelt. Und das weiß ich nicht, ob uns gerade als Bezirkspolitiker, ob uns daran so sehr gelegen sein soll. Also da muss man sich dann wirklich angucken, das ist eine politische Frage, aha, wer ist das denn da, der in dem Bezirk A eigentlich eine andere Entscheidung trifft, als der, der Bezirk B da sitzt. Deswegen also Vorsicht nach dieser Forderung Vernetzung unter den Bezirken. Und Frau Thamm, noch eine kurze Anmerkung mit der finanziellen Ausstattung. Mit den Globalsummenhaushalten in den Bezirken hier liegt es natürlich in der eigenen Verantwortung, damit umzugehen, zur Verfügung gestellt wird. Auch da muss man natürlich gucken, welche Kompetenzen hat der Bezirk, um etwas überhaupt umsetzen zu können. Es ist ja vorhin schon von der Organisation, Neuorganisation des öffentlichen Gesundheitsdienstes gesprochen worden. Da hat der Bezirk natürlich keine so großen Kompetenzen. Denn, ich will nur mal ein Beispiel aus Tempelhof-Schöneberg nennen, theoretisches Beispiel, um deutlich zu machen, was ich meine. Wir hatten ja eben diese Diskussion gehabt über die Aufrechterhaltung der AIDS-Beratungsstelle in Schöneberg. Ich hatte ja schon am Anfang gesagt: parteiübergreifend waren wir alle dafür. Und, wenn es denn möglich gewesen wäre, ja, ja, auch die CDU-Vertreter im Gesundheitsausschuss sind völlig einstimmig dafür gewesen, wenn es dann möglich gewesen wäre, dieses auf der bezirklichen Ebene umzusetzen, dass wir gesagt hätten, aus dem Globalsummenhaushalt finanzieren wir das, weil wir das für eine unwahrscheinlich wichtige bezirkliche Aufgabe halten. Das wäre ja gar nicht möglich gewesen. Wir konnten doch froh sein, dass uns dann über diesen Umweg, also rein organisatorisch, Bezirk Mitte zuständig, aber diese Stelle, aber dadurch können wir in sofern örtlich, mit der Anbindung Augusta-Victoria-Krankenhaus und so erhalten. Das war ja für uns eigentlich schon die beste Lösung, die es unter den gegebenen Voraussetzungen gab. Das heißt also, man kann nicht nur davon reden, Eigenverantwortung des Globalsummenhaushalts in den Bezirken, nun guckt mal, was ihr damit macht, sondern man muss eben auch sehen, wo die Kompetenzen eben wirklich auch liegen, was ein Bezirk machen kann mit dem ihm zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. So, und jetzt Herr Traute zu Ihrer Frage. Ich will es ja ganz kurz machen. Ich kann Ihnen diese Frage sogar gar nicht mal konkret beantworten. Also, ich bin jetzt seit 2006 in der BVV. Ich weiß also nicht, was eigentlich geschehen ist in den neunziger Jahren oder Anfang dieses Jahrtausends. Das wäre eine Sache, die sicherlich aufzugreifen wäre. Ich weiß aber natürlich aus der Personalsituation der Schulen heraus, dass das äußerst schwierig sein wird, also da noch irgendwelche Kräfte personalmäßig zur Verfügung stellen zu können. Von der realistischen Umsetzung habe ich meine Bedenken. Einfordern kann man es. Aber, wie gesagt, wir fordern viel, nur das Ergebnis ist oft dürrtig, was dann dabei rauskommt.

[Frage aus dem Publikum an die VertreterInnen der senatstragenden Parteien, wann sie den Finanzsenator von einem Stellenkorridor für HIV-Beratungsstellen überzeugt haben werden.]

Reinhard Naumann (SPD)

Ich greife den Ball mal auf, weil das Stichwort Einstellungskorridor für mich als Jugendstadtrat wie für die anderen 11 Berliner Jugendstadträtinnen und Jugendstadträte seit gut anderthalb Jahren zu dem großen Feld Kinderschutz, Umsetzung und Sicherstellung des Netzwerkes Kinderschutz im Land Berlin bezogen auf die Berufsgruppe der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ein Dauerbrenner gewesen ist und es erst jetzt nach anderthalb Jahren gelungen ist, hier mit einem politischen Kompromiss, es ging hoch bis zum Regierenden Bürgermeister, tatsächlich so etwas ähnliches wie einen Einstellungskorridor zu bekommen und zwar auf der Grundlage, dass wir die 58 Stellen, die noch im zentralen Stellenpool für diese Berufsgruppe sich befinden, abräumen, also abräumen heißt, in die Bezirke übernehmen, haben wir die Zusage bekommen, gibt es Außeneinstellungen bis Ende 2009 auf der Grundlage der entsprechenden Stellenpläne in den Bezirken. Was nach 2009 passiert, 2010, fortfolgende ist völlig offen. Das Land Berlin hat in der Rahmenbedingung definiert, und das ist Senatspolitik, auch im Nachgang zu der gescheiterten Klage in Karlsruhe, klar benannt, in welchen Volumina, ich habe sie jetzt nicht im Kopf, aber es sind mehrere tausend Stellen wieder, der öffentliche Dienst weiter schrumpfen soll. Und vor dem Hintergrund hat es zweitens gesagt, das ist Landespolitik, in welchen Berufsgruppen es Einstellungskorridore bisher gibt. Es ist Feuerwehr, Polizei, es ist die Justiz glaube ich, punktuell gibt es das im Bereich der Lehrer wegen der Unterrichtsversorgung. So, und wenn es dann um so etwas wie Kinderschutz ging, dann sperren sie sich überhaupt das Stichwort Einstellungskorridor in den Mund zu nehmen, weil es tatsächlich sozusagen die Ausgangsvorgaben wieder in Frage stellen würde. Von daher ist die Verbindung Einstellungskorridor mit HIV/AIDS, muss ich ehrlicherweise sagen, völlig unrealistisch völlig unrealistisch. Was, aber da bin ich jetzt nicht Gesundheitsfachmann, vielleicht können Sie das auch noch mal sagen, was tatsächlich geleistet werden muss von der Senatorin für Gesundheit und nicht dem Finanzsenator an der Stelle, ist noch mal die Festlegung, was sind die anerkannten Bedarfe. Und da gehe ich mal davon aus, dass Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung definiert sind, das man diese Problematik überhaupt nicht mehr diskutieren muss. Anders sieht es für den Kinderschutz im Bereich Gesundheit aus. Da sind sie sich ja leider noch nicht einig, anders als bei Jugend. Und, wenn die Bedarfe definiert sind, dann sind wir tatsächlich bei der Notwendigkeit, werden Außeneinstellungen genehmigt oder nicht.

Knut Mildner-Spindler (LINKE)

Ich muss alleine, weil ich nicht Politiker in Mitte und in Tempelhof-Schöneberg bin, nachfragen. Ihr ausscheidender Arzt gehört zur Zielstruktur des Zentrums sexuelle Gesundheit, Familienplanung...

Dr. Sibyll Klotz (GRÜNE)

Das ist kein Arzt. Das ist ein Sozialarbeiter. Ein Sozialarbeiter, der die Betreuung und Beratung für chronisch Kranke macht und die beraten auch HIV-positive Leute, das sind drei Menschen, die noch in der Erfurter Straße sitzen

[Anmerkungen von Thomas Birk zu landespolitischen Bemühungen zu besserer Vernetzung und Koordination im Rahmen von HIV/AIDS]

[Hinweis von einem Positivensprecher auf das Positivenplenum HIV/AIDS in der Landespolitik, das für Anfang Juni 2009 geplant ist.]

Armin Traute (Moderation)

Da bleibt dem Moderator ja nicht mehr viel zu sagen. Du hast es Gebetsmühle genannt. Ich fand, es war eine tour de raison zu den Themen in den sehr verschiedenen Bereichen, die wir hier auch nur ganz kurz anreißen konnten, aber eine gute Zusammenfassung von, wie wenig zusammengearbeitet wird oder vernetzt wird, eine der Themen hier. Ich bin bei dem Wort Vernetzung immer in bisschen unruhig, weil auch viele darunter etwas verstehen, was unklar ist, was dabei herauskommt, meine ich. Aber das zumindest die Bezirke da in einigen Bereichen sich besser absprechen und vielleicht so etwas wie gemeinsame Handlungsanweisungen finden, das scheint ja Konsens zu sein, wobei in der Vorbereitung schon auch gesagt wurde, es gibt vielleicht Bezirke, da wird besser behandelt als in anderen Bezirken und das könnte negativ sein, wenn wir dann alle gleich die Schere über alle machen. Also muss man sich das im Einzelnen angucken, aber, dass zumindest Bereiche gibt, in denen die Bezirke besser zusammenarbeiten sollten, sich absprechen sollten, scheint ja eines der Ergebnisse zu sein.

Ich möchte trotzdem den Podiumsteilnehmern die Gelegenheit geben, noch mal ganz am Ende, wenn sie wünschen, kurz ein Abschlusswort zu sagen.

Dr. Sibyll Klotz (GRÜNE)

Ich verzichte.

Monika Thamm (CDU)

Das Wesentliche ist gesagt, auch aus Landessicht, also Zusammenarbeit, Koordination der verschiedenen Stellen und das ist eigentlich auch der Kernpunkt.

Reinhard Naumann (SPD)

Ich wünsche mir, dass die Stimme für die Interessen der Positiven und an AIDS Erkrankten in dieser Stadt hörbarer und wahrnehmbarer wird. Ich wünsche mir, dass, wenn bei der nächsten Veranstaltung eingeladen wird, mindestens doppelt so viele hier sind, weil auch die Teilnahme an einem solchen Plenum für die Politik natürlich ein Spiegelbild von Interessenlage ist. Machen wir uns nichts vor, Politik hat in der Regel auch was mit Macht und Druck und Interessenlagen zu tun und mein Interesse als jemand, der in dem Bereich Schule, Jugend Verantwortung trägt, aber häufig auch mal nach langer Zeit in dem Bereich Gesundheit und Soziales mit reinschnuppern konnte, ist ganz klar, Politik erfordert es mitunter, dass ihr auch Feuer unter dem Hintern gemacht wird. Die, die heute gekommen sind, die sind heiß genug, aber es gibt, denke ich, auch andere Zusammenhänge. Von daher wünsche ich mir möglicherweise, dass die Anregung, auch mal so ein Mailing stattfinden zu lassen, jenseits der Notwendigkeit, was die Bezirke koordinieren müssen, die Schnittstelle Kommunalpolitik und freie Träger nicht nur in BAH, Schwulenberatung, LSVD, da gibt es ja eine ganze Palette von Organisationen, die mit anzusprechen wären. Also, wenn das gelänge, dann glaube ich, wären wir einen Schritt weiter.

Jörg Hackenberger (FDP)

Ich will ganz kurz sagen: Für mich war es eine sehr aufschlussreiche Veranstaltung, die auch dazu geführt hat, dass ein paar Dinge, die hier angesprochen sind, ich auch in der BVV aufgreifen werde und in sofern hat es sich gelohnt.

Knut Mildner-Spindler (LINKE)

Ja, ich wünsche mir, dass Sie uns wieder einladen und, dass wir die Gelegenheit dann beim Schopfe packen, vielleicht nicht so breit gefächert wie heute, sondern zu einzelnen Ausschnitten, Problemfeldern all der Dinge, die heute nur angerissen werden konnten, wir dann konkreter und gemeinsam über Bezirksgrenzen hinweg reden können.

Armin Traute (Moderation)

Und als Moderator auch danke an das Publikum, solange ausgehalten zu haben. Die Viertelstunde, die wir am Anfang noch gewartet haben, ist jetzt dicke überschritten. Einen schönen Abend noch.